

5mal wöch. Bezugspreis für Koobr. 3,00 M. einchl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1sp. Zeile 20 J., 2sp. 30 J., 3sp. 40 J., 4sp. 50 J., 5sp. 60 J., 6sp. 70 J., 7sp. 80 J., 8sp. 90 J., 9sp. 100 J., 10sp. 110 J., 11sp. 120 J., 12sp. 130 J., 13sp. 140 J., 14sp. 150 J., 15sp. 160 J., 16sp. 170 J., 17sp. 180 J., 18sp. 190 J., 19sp. 200 J., 20sp. 210 J., 21sp. 220 J., 22sp. 230 J., 23sp. 240 J., 24sp. 250 J., 25sp. 260 J., 26sp. 270 J., 27sp. 280 J., 28sp. 290 J., 29sp. 300 J., 30sp. 310 J., 31sp. 320 J., 32sp. 330 J., 33sp. 340 J., 34sp. 350 J., 35sp. 360 J., 36sp. 370 J., 37sp. 380 J., 38sp. 390 J., 39sp. 400 J., 40sp. 410 J., 41sp. 420 J., 42sp. 430 J., 43sp. 440 J., 44sp. 450 J., 45sp. 460 J., 46sp. 470 J., 47sp. 480 J., 48sp. 490 J., 49sp. 500 J., 50sp. 510 J., 51sp. 520 J., 52sp. 530 J., 53sp. 540 J., 54sp. 550 J., 55sp. 560 J., 56sp. 570 J., 57sp. 580 J., 58sp. 590 J., 59sp. 600 J., 60sp. 610 J., 61sp. 620 J., 62sp. 630 J., 63sp. 640 J., 64sp. 650 J., 65sp. 660 J., 66sp. 670 J., 67sp. 680 J., 68sp. 690 J., 69sp. 700 J., 70sp. 710 J., 71sp. 720 J., 72sp. 730 J., 73sp. 740 J., 74sp. 750 J., 75sp. 760 J., 76sp. 770 J., 77sp. 780 J., 78sp. 790 J., 79sp. 800 J., 80sp. 810 J., 81sp. 820 J., 82sp. 830 J., 83sp. 840 J., 84sp. 850 J., 85sp. 860 J., 86sp. 870 J., 87sp. 880 J., 88sp. 890 J., 89sp. 900 J., 90sp. 910 J., 91sp. 920 J., 92sp. 930 J., 93sp. 940 J., 94sp. 950 J., 95sp. 960 J., 96sp. 970 J., 97sp. 980 J., 98sp. 990 J., 99sp. 1000 J.

# Sächsische Volkszeitung

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für unentf. u. d. Fernruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unerlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versendete Manuskripte werb. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptschriftl.: Dr. Joseph Albert, Dresden.

**Pelzwaren**  
Umarbeitung  
Reparaturen  
Aufbewahrung  
F. Winkler  
Kürschnermstr.  
Dresden-A.  
Webergasse 2

Woldemar Schmidt  
Edelliköre  
Dresden  
Struvestraße 7  
Beste Qualitäten  
Niedrigste Preise

Verlagsstelle, Druck und Verlags: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Webergasse 17, Telefon: 14797, 14798, 14799, 14800, 14801, 14802, 14803, 14804, 14805, 14806, 14807, 14808, 14809, 14810, 14811, 14812, 14813, 14814, 14815, 14816, 14817, 14818, 14819, 14820, 14821, 14822, 14823, 14824, 14825, 14826, 14827, 14828, 14829, 14830, 14831, 14832, 14833, 14834, 14835, 14836, 14837, 14838, 14839, 14840, 14841, 14842, 14843, 14844, 14845, 14846, 14847, 14848, 14849, 14850, 14851, 14852, 14853, 14854, 14855, 14856, 14857, 14858, 14859, 14860, 14861, 14862, 14863, 14864, 14865, 14866, 14867, 14868, 14869, 14870, 14871, 14872, 14873, 14874, 14875, 14876, 14877, 14878, 14879, 14880, 14881, 14882, 14883, 14884, 14885, 14886, 14887, 14888, 14889, 14890, 14891, 14892, 14893, 14894, 14895, 14896, 14897, 14898, 14899, 14900, 14901, 14902, 14903, 14904, 14905, 14906, 14907, 14908, 14909, 14910, 14911, 14912, 14913, 14914, 14915, 14916, 14917, 14918, 14919, 14920, 14921, 14922, 14923, 14924, 14925, 14926, 14927, 14928, 14929, 14930, 14931, 14932, 14933, 14934, 14935, 14936, 14937, 14938, 14939, 14940, 14941, 14942, 14943, 14944, 14945, 14946, 14947, 14948, 14949, 14950, 14951, 14952, 14953, 14954, 14955, 14956, 14957, 14958, 14959, 14960, 14961, 14962, 14963, 14964, 14965, 14966, 14967, 14968, 14969, 14970, 14971, 14972, 14973, 14974, 14975, 14976, 14977, 14978, 14979, 14980, 14981, 14982, 14983, 14984, 14985, 14986, 14987, 14988, 14989, 14990, 14991, 14992, 14993, 14994, 14995, 14996, 14997, 14998, 14999, 15000.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Rothstadt 1, Voltestraße 17, Telefon 20111  
und 20112

## Die Kulturpolitik des Zentrums

Von zentrumsparlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Seit Jahren gehen von der deutschnationalen Seite Angriffe gegen die Kulturpolitik des Zentrums. Sie sind äußerst bequem, weil man in der Opposition verharrt, und weil man überflüssig, das es in den letzten sechs Jahren immer wieder Minderheitsregierungen gab, die mühsam die Politik des Reiches überhaupt zusammengehalten haben. Aber auch sachlich sind die Angriffe nicht zutreffend. Seit der Verfassung von Weimar ist das Zentrum unablässig bemüht, mit positiven Anträgen und Entschleunigungen, mit sorgfältiger Förderung des kirchlich-kulturellen Lebens christlich-kulturelle Politik zu entwickeln. Man vergleiche etwa die Darlegungen und umfassenden Mitteilungen, die in dem Politischen Jahrbuch 1925 (M.-Glöckner, Volksvereinsverlag) gegeben sind.

Seit mehreren Monaten gehen diese Angriffe von deutschnationaler Seite mit besonderer Lebhaftigkeit vor sich. Aber man erkennt überall in den Anklagen das Geflüsterte und das Forcierte. Bemerkenswert ist auch, daß unter dem Druck der deutschnationalen Angriffe die kleinere Wirtschaftspartei nunmehr ihrerseits den Mut findet, die Kulturpolitik des Zentrums anzugreifen, wie das der Abgeordnete Dr. Vredt in der Sitzung vom 12. November 1926 im Reichstag ja bekanntlich besorgte. Er beschränkte sich darüber, daß der von ihm vorgelegte Entwurf des Reichsschulgesetzes nicht in den Bildungsausschuss zur Beratung überwiesen sei, da das Zentrum gegen die Überweisung gestimmt habe. Der Abg. Dr. Vredt mußte sich aber von dem Zentrumsredner Dr. Schreiber sagen lassen, daß der Reichsschulgesetzentwurf der Wirtschaftspartei nicht geeignet war, als eine brauchbare Verhandlungsgrundlage im Bildungsausschuss zu dienen. Unter großer Anteilnahme und Heiterkeit des Hauses wies der Zentrumsredner nach, daß diesem Entwurf nach dem Zeugnis Sachverständiger jeder originelle Charakter abgehe.

Gleichzeitig machte aber auch der Abgeordnete Dr. Schreiber den deutschnationalen gegenüber grundsätzliche Ausführungen über die Kulturpolitik seiner Partei, die eine besondere Beachtung verdienen. Seine Gedankengänge sind folgende:

„Es hat der Abgeordnete v. Lindeiner-Wildau kulturpolitische Fragen der Zentrumsparlei berührt; gewiß in einer ruhigen, konzilianten Form, aber nach der sachlichen Seite können wir diese Ausführungen nicht un widersprochen lassen, da sie einen Vorwurf enthalten. Herr v. Lindeiner erachtet es als notwendig, Ermahnungen an uns zu richten wegen unserer Haltung zum Reichsschulgesetz und zur Kulturpolitik. Er gebraucht dabei die eigenartige, merkwürdige Wendung: „Man hat mir gesagt, daß auch die große katholische Elternorganisation durch ihren Generalsekretär, den Herrn Böhrler, sehr energische Forderungen an die Zentrumsparlei gerichtet hat.“ Es liegt in dieser Charakteristik doch eine gewisse Apostrophierung, eine gewisse Vorhaltung, ein bestimmter Tadel, der um so bemerkenswerter ist, als seit Wochen und Monaten in der deutschnationalen Presse Anklagen gegen das Zentrum erhoben werden, die heute eine grundsätzliche Stellungnahme von unserer Seite notwendig machen. Wir müssen unsererseits derartige Ermahnungen und Anklagen rundweg ablehnen. Unsere kulturpolitische Linie ist zu alt, zu stolz und zu tief eingewurzelt, um sich von einer derartigen Vorhaltung beirren zu lassen, um uns von einer anderen Partei belehren zu lassen und Vorhaltungen über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit unserer Kulturpolitik entgegenzunehmen. Wir haben unserer kulturpolitischen und kirchenpolitischen Ueberlieferung wegen jahrhundertlang gekämpft und Schweres getragen zu einer Zeit, wo wir völlig einsam auf der kulturpolitischen Flur standen. Tausende von unseren Vätern sind wegen ihrer kulturpolitischen Ueberzeugung sozial, gesellschaftlich, verwaltungspolitisch zurückgesetzt oder gar geächtet worden. Die Zentrumsparlei ist für uns nicht bloß Programmpolitik, unsere Kulturpolitik ist nicht bloß der naturgemäße Weltanschauungsausdruck, sondern ein tiefes und inneres Erlebnis von Generationen, von mehr als einem halben Säkulum. Wer da glaubt, dem Zentrum kulturpolitische Ermahnungen und Vorhaltungen näher bringen zu sollen, verkennt völlig die Psychologie unserer Partei.

Diese Eigenart der Kulturpolitik des Zentrums ist auch außerhalb unserer Partei von Männern, die nicht spezifisch parteipolitische Gemmungen hatten, weithin anerkannt worden. Ich verweise sie auf das Urteil eines führenden deutschen Kulturpolitikers, des preussischen Kultusministers Becker, von dessen Weltanschauung uns eine tiefe Kluft trennt, der aber, in seiner

## Der letzte Widerstand

Schwache Mehrheit der englischen Bergarbeiter für Fortsetzung des Streiks — Das Kohlenproblem eine europäische Frage

London, 19. November.

Die Schlusergebnisse der Distriktabstimmungen im Bergbau haben eine außerordentlich schwierige Lage geschaffen. Mit einer vom Sekretär der Bergarbeiter Cook auf rund 100 000 geschätzten Mehrheit haben sich die Bergarbeiter für eine Ablehnung der Regierungsvorschläge entschieden. Die weitere Entscheidung liegt nunmehr bei der Delegiertenkonferenz, die heute abends zusammentritt. Eine führende Persönlichkeit der Bergarbeiter erklärte auf die Frage nach der praktischen Bedeutung der Ablehnung der Regierungsvorschläge, das Abstimmungsergebnis stelle eine Demonstration gegen die Regierungsbedingungen fest. Die Delegiertenkonferenz werde jedoch die Distrikte anweisen, die Verhandlungen distriktweise aufzunehmen.

Mehr als eine Demonstration wird die Ablehnung der Regierungsvorschläge in der Tat nicht bedeuten. Denn die Bergarbeiterkraft ist zu erschöpft, um den Kampf — der nun sieben Monate dauert — auch nur wenige Wochen weiter führen zu können. Der Widerstand der Arbeiterkraft gegen die Vorschläge der Regierung ist freilich begreiflich, denn wenn ein Abkommen zustande kommt, werden sie in jeder Beziehung schlechter gestellt sein, als vor dem Streik. Einjährige Mehrarbeit, zehnprozentige Lohnkürzung und dreijährige Distriktskontakte sind in dem Memorandum der Regierung vorgesehen, davon erfährt die Festlegung auf 3 Jahre die schärfste Ablehnung. Mit der Einführung der distriktweisen Abkommen ist auch die wichtigste Forderung der Bergarbeiter und die tragende Bestimmung der bisherigen Regelung, das „nationale Lohnabkommen“, d. h. die Regelung der Lohn- und Arbeitsfrage für ganz England zugleich fallen gelassen worden.

Eine solche Regelung wird natürlich nicht ohne Rückwirkungen auf den kontinentalen Kohlenbau, vor allem auf den in Deutschland bleiben. Der Kohlenpreis dürfte, sobald die englische Produktion wieder lieferungsfähig wird und damit die gegenwärtige starke Nachfrage schwindet, sehr rasch sinken. Damit wird sich die Lage in den europäischen Kohlenindustrien erneut verschlechtern. Es ist der Versuch zu erwarten, auch außerhalb Englands die Arbeitszeit im Kohlenbergbau zu verlängern.

Wie lange die Arbeiterkraft in England sich dieser Vergewaltigung widersetzt, ist nur eine Frage der Zeit. Täglich wird die Zahl der Arbeiter, die freiwillig in die Gruben zurückkehren, größer. Anfang September waren es 40 000, Anfang Oktober 150 000, Anfang November 200 000. Die Bergarbeiterkraft hat den größten und kostspieligsten Arbeits-

kampf der Neuzeit verloren. Dieser Kampf hat England sowie gefolgt, wie Deutschland in den nächsten fünf Jahren auf Grund des Dawes-Planes zu zahlen haben wird. Der Ausfall an Kohlenproduktion beträgt etwa 1/3 der Weltproduktion, sowie wie die gesamte Jahresproduktion Deutschlands.

Diese Zahlen zeigen, daß in Wahrheit beide Teile geschlagen sind. Dieser furchtbare Arbeitskampf muß auch für die Arbeiterschaft eine furchtbare Warnung sein. Die Folgen des Streiks haben sich international ausgedehnt und auch die Art, in der jetzt Frieden gemacht wird, dürfte internationale Konsequenzen haben. Nur eine internationale Vereinbarung über die Kohlenproduktion, ähnlich der über die Eisenzeugung in Paris geschlossenen wird eine tragbare Grundlage für die Lösung des europäischen Kohlenproblems abgeben können.

## Revolution in Brasilien

London, 19. November.

Einem Neukontextogramm aus Buenos Aires zufolge ist in Rio Grande do Sul die offene Revolution ausgebrochen. Meuternde Truppen sind in Sant Gabriel, Santa Maria und Vago mit Bundesstruppen zusammengestoßen. Die Stadt Santa Maria ist von Flugzeugen der kaiserlichen Bombardiert worden. Nach einer Meldung der „Central News“ aus Buenos Aires haben sich die Bundesstruppen in Vago den Revolutionären angeschlossen. Die vereinigten Truppen nahmen dann nach schwerer Beschichtung Santa Maria ein. Die Verluste an Toten und Verwundeten sollen sich auf 400 belaufen.

Der Ausbruch der Revolution in diesem Augenblick ist um so bemerkenswerter, als er mit dem Amtsantritt des neuen brasilianischen Bundespräsidenten Dr. W. Luis Pereira zusammenfällt. Dr. Luis war vorher Gouverneur der Provinz Sao Paulo und gilt als ein Mann von großen Kenntnissen und harter Energie. Unter den deutschen Ausländern in Brasilien ist er beliebt und gilt als Freund des Deutschen Reiches.

Dr. Luis hat vorgestern die Amtsgeschäfte des Präsidenten übernommen. Er hat also sehr rasch Gelegenheit bekommen, seine Energie und Umzicht nun auch in der Leitung der Staatsgeschäfte zu bewähren. Der Aufstand beschränkt sich, soweit die bisherigen Meldungen erkennen lassen, lediglich auf die südliche Provinz von Brasilien Rio Grande.

geistvollen und interessanten Studie über die Kulturpolitik des Reiches zur Kulturpolitik des Zentrums folgende bemerkenswerte Sätze ausspricht:

Nur einheitliche Ideen führen zu einer einheitlichen Kultur. Diesen kulturpolitischen Zielen gebührt aber auch der Vorrang vor allen anderen Zielsetzungen, so vor allem den wirtschaftlichen. Man darf mit keinem Kulturideal nicht in Widerspruch geraten bei einer Wirtschaftspolitik, die man treibt. Das gibt sechswochenlang, aber keine Erfolge auf die Dauer. Hier liegt zum Beispiel die große Stärke des Zentrums, daß es als einzige deutsche Partei nicht von einer wirtschaftspolitischen, sondern von einer kulturpolitischen Basis ausgeht und dieser Zielstellung alle anderen Fragen unterordnet. Man kann sich zum Zentrum stellen, wie man will, dieser Erkenntnis wird sich der objektive Beobachter nicht verschließen können.

Das ist ein bemerkenswertes Zeugnis, außerhalb unserer Kreise, das wir in diesen Wochen einmal mit aller Deutlichkeit in den Vordergrund rücken müssen.

Ein weiteres noch! Wenn Sie, meine Herren von der Rechten, den Katholiken Ihr besorgtes kulturpolitisches Interesse entgegenbringen, so müssen Sie schon gestatten, daß wir ein wenig mißtrauisch und argwöhnisch werden. Es fehlt Ihnen die Ueberlieferung, die Empirie, die Erfahrung. Ihr Interesse für unsere kulturpolitischen Belange, für unsere Ordenschulen, für unsere Hochschulwünsche, für unsere Mittelschulen ist noch so jung, so von gestern, so neu, daß wir allen Grund haben, sehr vorsichtig zu sein. Wenn man durch die kulturpolitischen Gemäcker des deutschnationalen Hauses geht, so riecht es etwas nach frischer Farbe, und man hat den Eindruck, als wären überall Schilder angebracht, auf denen die Inschrift steht: „Vorsicht! Frisch gestrichen!“ Meine Herren, mag die offizielle Führung Ihrer Fraktion noch so sehr das kulturpolitische Interesse an den deutschen Katholiken betonen, das ändert gar nichts daran, daß weite Kreise ihrer Anhänger im Lande diese innere und seelische Umstellung noch längst nicht vollzogen haben. Bei mehr als einer Bürgermeisterwahl — ich erinnere nur an Bodum und an Wanne-Eckel — war bei der Haltung Ihrer deutschnationalen Parteigenossen von dieser Besorgtheit um die kulturpolitische Parteilichkeit der deutschen Katholiken nichts,

rein gar nichts zu spüren. Das alles zeigt doch, daß in Ihren Kreisen noch so viele Vorurteile gegen unsere kulturpolitischen Auffassungen bestehen, noch so viele starke Ueberlieferungen, die von Ihnen als kulturpolitische Hypothesen beiseite werden, daß es Ihnen selbst in der Inflation nicht gelungen ist, diese hypothesenartige Belastung abzustreifen. Auch in Ihren kulturpolitischen Werturteilen sind Sie noch so schwankend, so unangeglichen, so widerspruchsvoll, wenn es sich um katholische Belange handelt, daß wir hier und da geradezu bedenklich werden müssen. So hat sich die deutschnationalen Presse in diesem Jahre mit dem Breslauer Katholikentag beschäftigt, und zwar vom parteipolitischen Standpunkt aus. An sich hätte ich kein Bedürfnis, von diesen Dingen zu sprechen. Aber gerade in Ihrer Presse, in einer Ihrer Blätter ist diese an sich objektive Tagung wörtlich als eine parteipolitische und rein zentrumsmäßige Programmfestlegung bezeichnet worden. Ganz seltsam ist es aber nun, meine Herren, wie in Ihren Kreisen das kulturpolitische Urteil über diese Tagung auseinandergelht. Die „Deutsche Zeitung“ spricht wörtlich von einem Mißbrauch des Katholikentages für die Linkspolitik und erhebt diesbezüglich eine bewegliche Klage. Dagegen stellt die „Deutsche Tageszeitung“ wörtlich fest: „Die Gegnerschaft zu dem kulturfeindlichen Marxismus konnte überhaupt nicht besser herausgearbeitet werden.“

Das ist ein derartig toller Widerspruch in Ihren kulturpolitischen Wertungen, daß wir schon sehr mißtrauisch werden, wenn Sie den Anspruch erheben, uns über Linkspolitik und über Neuerungen des kulturfeindlichen Marxismus zu belehren. Wer in sich selbst derartig uneins ist, wie in dem klaffenden Widerspruch eines doch so bedeutenden Ereignisses wie des Breslauer Katholikentages, verliert den Anspruch, als kulturpolitische Autorität zu gelten.

Diese bedeutsamen Auslassungen verdienen sicherlich ein besonderes Interesse. Sie zeigen, daß das Zentrum gewillt ist, die Eigenart seiner Kulturpolitik, auf die wir gerade in unserer Zeitung wiederholt und mit aller Schärfe hingewiesen haben, weil sie als letztes und großes Bindeglied zwischen der Gesamtheit der Katholiken zu gelten hat, mit aller Kraft zu bejahen und zu entwickeln.